

«Ich habe keinen Grund, traurig zu sein»

An Yvonne Peter kommt in Uster kaum jemand vorbei. Täglich marschieren die Frau mit den raspelkurzen grauen Haaren zackigen Schrittes durch die Stadt, geht in verschiedene Läden, macht Besorgungen.

Der Kontakt zu anderen Menschen ist ihr wichtig. «Ich bin gerne unter Leuten und rede mit allen», sagt sie. Mit ihren engen schwarzen Lederleggings, der knalligen Jacke, den Zehenschuhen und den sorgfältig lackierten Fingernägeln fällt sie auf. «Mir ist wichtig, wie ich daherkomme», betont sie. «Und die Leute haben Freude, wenn ich schön angezogen bin.» An speziellen Anlässen trage sie sogar eine Krawatte. Zu ihrem Outfit gehö-

Persönlich

Yvonne Peter lebt seit ihrer frühesten Kindheit im Wagerenhof. Heute ist die 75-Jährige das Aushängeschild der Stiftung.

ren auch Hemden, auf manchen ist ein Hello Kitty-Emblem aufgenäht. Am Gürtel sind ebenfalls Schlüsselanhänger der kleinen Katze aus Japan befestigt. «Es ist einfach eine herzige Figur», sagt Peter.

Das Kindliche passt zu Yvonne Peter, die laut «göisset» und in die Hände klatscht, wenn sie sich freut. Dass sie bereits 75 Jahre alt ist, würde man ihr nicht geben. «Ich fühle mich wie 50», sagt sie selbst. Sie sei noch topfit und habe keinerlei Beschwerden. Damit es so bleibt, trägt sie einen Schrittzähler und geht zweimal wöchentlich ins Schwimmbad. Schwimmen gelernt hat sie erst mit 40.

Yvonne Peter wohnt im Wagerenhof Uster, und das schon fast ihr ganzes Leben lang. Kurz vor ihrem dritten Geburtstag kam sie in das Wohnheim für Menschen mit Beeinträchtigungen (siehe Box), besuchte ihre Eltern nur

noch an den Wochenenden. Sie ging in die interne Schule und fing mit 17 an, in der Wagi-Wäscherei zu arbeiten – bis zu ihrer Pensionierung im Jahr 2006.

Heute ist sie immer noch an drei Nachmittagen pro Woche im Blumenladen tätig. «Ich will mich nicht gehen lassen», sagt sie dazu. «Und ich habe schon immer gerne gearbeitet.» Zu ihren Pflegeeltern, die sie nach dem Tod ihrer Eltern selbst ausgesucht hat, hat sie regen Kontakt. So wie auch mit den vier Kindern und Enkelkindern ihres zwei Jahre jüngeren Bruders, der letztes Jahr verstorben ist.

Yvonne Peter ist sich sehr wohl bewusst, dass sie eine Behinderung hat. Im Gespräch macht sie Geräusche mit dem Mund, manchmal abrupte Bewegungen. Sie selber spricht von «Ticks». Die stören sie. «Ich will die nicht haben», sagt sie. «Ich will anständig daherkommen.» Deshalb versuche sie, sich zu kontrollieren. Ist das überhaupt möglich? «Ja sicher! Ich habe einen sturen Kopf. Ich muss einfach langsam reden. Es ist schon viel besser geworden.» Sie wäre lieber ohne Behinderung, ganz klar. «Aber es ist jetzt halt so. Wozu nörgeln? Dadurch wird's auch nicht besser.»

Im Laufe der Zeit erlebte sie zehn Heimleiter und zwölf Heimärzte. So gern sie heute im Wagerenhof lebt – schön war es nicht immer. Demütigungen und sogar Schläge gehörten zum Alltag. An internen Feiern durften die Bewohner nicht dabei sein. «Sie sagten uns, sie müssten sonst schon die ganze Zeit um uns herum sein», ereifert sie sich. «Gemein, gäll?!» In der Wohngruppe fühlte sie sich unwohl. Statt einen Rock, wie es früher für die Mädchen Pflicht war, hätte sie lieber Hosen getragen.

Heute ist alles anders. Yvonne Peter genießt einen Sondersta-



Heute ein Werbeträger für den Wagerenhof: Yvonne Peter an ihrem Arbeitsplatz im Blumenladen. Seraina Boner

tus im Wagerenhof, lebt in einem Einzelzimmer im sogenannten Personalhaus. «Hier kann ich machen, was ich will und wann ich will», sagt sie. Das sei auch der Grund, warum sie keine Beziehung wolle. «Einen Freund brauche ich nicht. Da-

mit habe ich gar nie angefangen.» Jeden Abend schaut sie die «Tagesschau», ist politisch interessiert und hat ihre eigene Meinung. «Der Donald Trump ist ein Tschumpel», sagt sie beispielsweise. »Aber dieser Cassis – de gfallt mer!«

Im neuen Umfeld der Wertschätzung ist Yvonne Peter regelrecht aufgeblüht. Fotos von früher hat sie weggeworfen. Was passiert sei, sei passiert. «Ich bin dankbar. Es gibt so viele Leute, die kein Haus haben, es gibt Überschwemmungen und Krieg. Ich

habe so viel und keinen Grund traurig zu sein.» Trotzdem hole sie die Vergangenheit immer mal wieder ein, sagt Thomas Weber, Leiter der Gärtnerei, der seit März mit ihr zusammenarbeitet. Dann wolle sie fluchen, aber sie wisse ganz genau, dass sie dies im Laden vorne nicht dürfe. «Daran hält sie sich vorbildlich. Wenn es sie trotzdem überkommt, beisst sie sich in die Faust oder geht ins Büro», erzählt Weber. Das sei wie ein Ventil: «Wenn der Deckel auf war und alles raus konnte, ist wieder gut.»

Was er da jeweils zu hören bekomme, mache ihn betroffen. «Aber Yvonne ist eine sehr starke Frau und auch ein Schlitzohr. Ihren Humor und ihre Freude hat sie nie verloren. Sie hat sich auf ihre Art gewehrt, war aufsässig oder frech.»

Ihre Arbeit an der Kasse mache sie sehr gewissenhaft. «Sie hat ein gutes Zahlenverständnis», sagt Weber. «Mit mehr Förderung wäre bei ihr deutlich mehr dringelegen. Aber früher nahm man Leute mit Beeinträchtigung nicht so ernst.» Veronika Sutter, Kommunikationsverantwortliche der Stiftung, sage, heute sei Yvonne Peter ein ungeheurer Werbeträger für den Wagerenhof. «Sie ist Gold wert. Sie geht ins Dorf und verteilt Flyer für unsere öffentlichen Feste. Es gibt Leute, die kommen nur wegen Yvonne.» Auch im Wagerenhof selbst sei sie eine Integrationsfigur. «Wenn sie nicht da ist, fragen andere Bewohner nach ihr.»

Weil sie früher oft als Mensch zweiter Klasse behandelt worden sei, sei ihr heute umso wichtiger, Teil vom Team zu sein und die gleichen Rechte zu haben wie Mitarbeiter ohne Beeinträchtigung. «Wenn wir beispielsweise ein Mitarbeiterinnen haben, ist es ihr sehr wichtig, dass sie auch gefragt wird, ob sie kommt», sagt Weber. «Auch wenn sie gar nicht kommen will.» Raphael Brunner

SP fordert günstigen Wohnraum

USTER Zwei Wochen nach dem Nein zu «Ecoviva»: Die SP fordert mit einer Motion, dass die Stadt Uster sich zur Förderung preisgünstiger Wohnungen und Gewerberäume verpflichtet.

SP-Gemeinderat Marius Weder will mit einer Motion erreichen, dass sich die Stadt Uster für den Schutz, die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils von preisgünstigen Wohnungen und Gewerberäumen einsetzt. Dementsprechend solle die Gemeindeordnung ergänzt werden. Als Begründung führt Weder an, dass die Stadt Uster in den nächsten Jahren weiter wachsen werde. Die Frage sei nicht ob, sondern wann die Zahl von 40'000 Einwohnern überschritten werde. Um einem hohen Preisanstieg entgegen zu wirken, müsse genügend preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden. Selbiges gelte für Gewerberäume.

Weder betont, dass seine Forderung nicht bedeute, dass der Stadtrat die Vorhaben von privaten Unternehmen diktieren oder unrentabel machen solle, auch müsse er nicht den Bau von Genossenschaftswohnungen erzwingen. Der Stadtrat könne aber, falls sinnvoll, bei Planungsverfahren Druck ausüben, sodass in den öffentlichen Gestaltungsplänen dem

Bedarf an preisgünstigem Wohnraum Rechnung getragen werde. Bei privaten Gestaltungsplänen könne der Stadtrat Abweichungen zur bestehenden Bau- und Zonenordnung genehmigen und im Gegenzug eine Quote für bezahlbare Wohnungen einfordern. «Manche Städte, wie zum Beispiel Zürich, handhaben es so», hält Weder fest. «Diese Verpflichtung ist dort in der Gemeindeordnung formuliert.» Weder sagt, es gehe ihm nicht darum, Sozialwohnungen zu schaffen, sondern Wohnungen für die Normalbevölkerung.

Anderer Meinung als Stadtrat Dass der Ustermer Stadtrat meint, es gebe genug preisgünstigen Wohnraum, hält Weder für dessen subjektive Einschätzung. Der Stadtrat nehme nur eine Momentaufnahme wahr, die sich dynamisch verändere. Durch Zuwanderung komme es zu einer Verdichtung. Deswegen müsse der derzeitige Bestand an günstigem Wohnraum erhalten, wenn nicht erhöht werden – indem die Stadt beispielsweise den gemeinnützigen Wohnungsbau fördere. Ausserdem will Weder in der Gemeindeordnung festschreiben, dass genug Wohnraum für ältere Menschen geschaffen wird.

Als Erfolgskontrolle schlägt Weder vor, dass der Stadtrat alle vier Jahre dem Gemeinderat Re-

chenschaft darüber ablegen soll, inwieweit er die in der Gemeindeordnung festgeschriebenen Ziele erreicht habe.

Reaktion auf Abstimmung?

Sein Vorstoss ist laut Weder keine direkte Reaktion auf die Initiative «Ecoviva», die von den Ustermern am 24. September deutlich abgelehnt wurde. Bereits im Vorfeld hatte sich auch der Stadtrat gegen die Initiative ausgesprochen. Mit «Ecoviva» wollten die Grünen eine 10-Millionen-Stiftung gründen, die zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum hätte beitragen sollen. Die Stadt hätte damit direkt in den Wohnungsmarkt eingreifen können.

Weder will das Problem jedoch generell angehen. «Die vorgeschlagene Stiftung wäre realistisch gesehen ein finanzielles Wagnis gewesen», sagt er. «Dass es die Vorlage der Grünen schwer haben würde, war im Vorhinein klar.» Die SP hatte sich für das Begehren ausgesprochen, war bei der Wählermobilisierung jedoch nicht aktiv aufgetreten – laut Weder aus «Kapazitätsgründen». Die Grünen zeigten sich deswegen nach der Abstimmung enttäuscht. Marko Stevic

Die Motion wird voraussichtlich am 22. Januar 2018 im Gemeinderat behandelt.

Minus von 1,1 Millionen Franken

MÖNCHALTORF Die Gemeinde Mönchaltorf rechnet kommendes Jahr erneut mit einem Minus – in der Höhe von 1,1 Millionen Franken. Der Steuerfuss soll dennoch unverändert bleiben.

Man spare, wo es gehe, trotzdem bleibe die Situation unbefriedigend. So lautet das Fazit des Mönchaltorfer Gemeinderats zu seinem Voranschlag für das Jahr 2018: Dieser sieht einen Aufwand von 25,2 Millionen und einen Ertrag von 24,1 Millionen Franken vor. Daraus resultiert ein Defizit von 1,1 Millionen Franken zulasten der Gemeindekasse. Wie bereits in den vergangenen Jahren plant Mönchaltorf somit mit einem negativen Haushaltsabschluss – auch, weil der Steuerfuss auf 111 Prozent bleibt.

Mehr Kosten trotz Sparerfolg

Die Gemeinde habe in jüngster Zeit ihre Sparbemühungen nochmals verstärkt, schreibt der Gemeinderat in einer Mitteilung. Und diese Bemühungen hätten durchaus Erfolg: So rechnet die Gemeinde für das kommende Jahr etwa mit leicht weniger Ausgaben beim Personal als im Vorjahr. Allerdings gibt es auch Bereiche, bei denen die Kosten gestiegen sind. So zum Beispiel beim Unterhalt von

Strassen und Gebäuden oder auch bei der Schule. Diese musste auf das jetzige Schuljahr hin einen neue Kindergartenklasse eröffnen, weil die Schülerzahlen gestiegen waren.

Höhere Beiträge an Polizei

Gestiegen sei der Aufwand auch in zahlreichen Bereichen, bei denen die Gemeinde kaum einen Einfluss habe, wie der Gemeinderat betont. Er verweist beispielsweise auf die Beiträge für Sonderschulung oder die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV. Auch kleinere Posten würden in der Summe zu einem spürbaren Anstieg der Ausgaben führen. Etwa die höheren Pro-Kopf-Beiträge an die Kantonspolizei, die statt 7.50 neu 14 Franken betrage, oder die neue Pauschale für den ärztlichen Notfalldienst.

Deutlich schlechter als 2017

Insgesamt fällt der Voranschlag für 2018 um gut 300'000 Franken schlechter aus als jener vom vergangenen Jahr. Dies liegt gemäss dem Gemeinderat hauptsächlich daran, dass im letzten Jahr ein Buchgewinn aus dem Verkauf des Grundstücks bei dem Feuerwehrgebäude resultierte, welcher nun im Budget fehlt. Ebenso fällt im kommenden Jahr der Finanzausgleich des Kantons geringer aus. Diese

beiden Posten machen gut 800'000 Franken aus.

Mehr Einnahmen kann die Gemeinde im kommenden Jahr hingegen bei den ordentlichen Steuern generieren. Dies, weil die Bevölkerung Mönchaltorfs wächst, nicht zuletzt dank der neuen Siedlungen im Gebiet Silbergrueb. Für Investitionen sieht die Gemeinde im kommenden Jahr einen Nettobetrag von knapp einer Million Franken vor.

Besserung erwartet

Für die Zeit nach 2018 rechnet der Gemeinderat wieder vermehrt mit ausgeglichenen Rechnungen. Ein Grund dafür ist, dass ab dem Rechnungsjahr 2019 die Abschreibungen etwa für Liegenschaften geringer ausfallen. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die Gemeinde das Verwaltungsvermögen trotz Umstellung auf das neue Rechnungsmodell HRM2 nicht neu bewertet – so, wie es die Gemeindeversammlung im April beschlossen hat.

Angesichts dieser Aussichten will der Gemeinderat den Steuerfuss trotz erneutem Defizit bei 111 Prozent belassen. «Die finanziell knappe Situation erfordert neben den aktuellen Sparanstrengungen keine weiteren Massnahmen», schreibt er abschliessend in seiner Mitteilung. so